

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

▪ Waffenrecht und Waffenverwaltung

Zur Erfüllung der hier genannten und uns vom Gesetzgeber zugewiesenen öffentlichen Aufgaben werden persönliche Daten erhoben und verarbeitet:

- Ausstellung waffenrechtlicher Erlaubnisse;
- Widerruf oder Rücknahme waffenrechtlicher Erlaubnisse;
- Erteilung einer EU-Verbringungserlaubnis/EU-Mitnahmeerlaubnis;
- Erteilung einer Altersausnahmeerlaubnis zum Umgang mit Waffen und Munition;
- Bearbeitung eines Waffenbesitzverbotes;
- Erteilung einer Waffenherstellungs- und -handelserlaubnis;
- Erteilung einer Schießstättenerlaubnis;
- Erteilung einer Sprengstofferelaubnis;
- Zuverlässigkeitsüberprüfung der von Schützenvereinen gemeldeten Schießaufsichten;
- Bearbeitung von entsprechenden Ordnungswidrigkeiten.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c und e Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG).

Ergänzend gelten:

- § 10 bis § 20 und § 28 bis 32 i. V. m. §§ 4, 5, 6, 7 und 8 Waffengesetz (WaffG),
- § 3 Nr. 1 – 10 und 14 – 17 Gesetz zur Errichtung eines Nationalen Waffenregisters (NWRG),
- § 45 WaffG i. V. m. §§ 5, 6, 7, 8 WaffG, § 3 Nr. 23 NWRG,
- § 41 WaffG, § 3 Nr. 21 NWRG,
- § 21 und 21a WaffG, § 3 Nr. 11 – 13 NWRG,
- § 27 WaffG i. V. m. § 12 Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (AWaffV),
- § 53 WaffG,
- § 27 Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG),
- §§ 4 – 8 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV);

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Personenstammdaten (Name, Vorname, Titel, Geschlecht, Geburtsname –datum und –ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift, Kontaktdaten, Sterbedatum);
- zudem Daten von Erlaubnisscheinen, Sachkundenachweisen, Verboten und Überprüfungen, dienstliche Notwendigkeit einer Schusswaffe, Vereinszugehörigkeiten;
- Daten von Waffen und Sprengstoff.

Dies betrifft Inhaber und ehemalige Inhaber von Waffen und entsprechenden –scheinen, -pässen oder -erlaubnissen und von weiteren direkt oder indirekt in Zusammenhang stehenden betroffenen Personen.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der Fachabteilung „Sicherheit und Ordnung, Veterinärwesen und Verbraucherschutz“ verarbeitet. Weitere Stellen wie „Staatliches Bauamt“ zur Genehmigung von Schießstätten und die „Betreuungsstelle“ zur Prüfung der persönlichen Eignung bei Bedarf aktiv eingebunden.

Ferner geben wir Ihre Daten insbesondere weiter an:

- Gemeinden (§44 Abs. 1 WaffG);
- Polizeiinspektionen;
- Bundeszentralregister, Verfahrensregister, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft;
- Waffenbehörden des Erwerbers bzw. Veräußerers;

sowie an weitere öffentliche und private Stellen, soweit sich dies im weiteren Verfahren ergibt und eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlich und zulässig ist.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sieht über die Art. 44 bis 49 für die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Land außerhalb der EU/des EWR besondere Regelungen vor. In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland zu übermitteln, soweit dies die Überprüfung der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung von Ausländern nicht notwendig macht.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist. Dies sind i.d.R. maximal 20 Jahre nach Ablauf der Erlaubnis oder nach Ableben der betroffenen Person. Für baurechtliche Gegebenheiten (Schießstätten) beträgt die Speicherdauer mind. 30 Jahre.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten werden im Regelfall direkt bei der betroffenen Person erhoben.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO ein und verarbeiten Ihre Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe Ihrer Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.